



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 14. Oktober 2015

TOP 20, Moratorium für die Zulassung von Glyphosat! (Drs. 18/3409)

Kirsten Eickhoff-Weber:

Sichere alternative Anbaumethoden gezielt erforschen

Im Zusammenhang mit dem EU-Genehmigungsverfahren für den Wirkstoff Glyphosat hat die Diskussion um dieses Totalherbizid eine neue Dimension erreicht. Im November 2012, als ich meinen Antrag im Umwelt- und Agrarausschuss stellte, wurde das Thema Glyphosat noch nicht so breit diskutiert. Das Herbizid ist im März von der Internationalen Krebsforschungsagentur als „wahrscheinlich krebserregend“ in die zweithöchste Risikostufe eingestuft worden. Zahlreiche Wissenschaftler, Umwelt- und Verbraucherverbände und Ärzte warnen vor den gesundheitlichen und ökologischen Folgen eines übermäßigen Einsatzes.

Der börsennotierte Konzern Monsanto brachte den in den 50er Jahren entwickelten Wirkstoff Glyphosat 1974 in dem Breitbandherbizid Round up auf den Markt. Das Unternehmen produziert Saatgut und Herbizide, seit den 90er Jahren auch gentechnisch veränderte Sorten bei Mais, Sojabohnen. Die riesigen Anbauflächen in Süd- und Nordamerika mit all ihren Konsequenzen für die Böden, für den Verlust von Artenvielfalt und noch viel gravierender mit der Enteignung und Vernichtung von regionalen bäuerlichen Strukturen, sind darauf zurückzuführen.

Nutzpflanzen, die gegen Glyphosat resistent sind, und alles andere wird totgespritzt. Wegen der riesigen Flächenausdehnung auch mit Flugzeugen, oft ohne Rücksicht auf die Menschen, die dort leben und arbeiten. Aus diesen Regionen, in denen auch das Sojafutter für die europäische

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Fleischproduktion wächst, sind die schweren Folgen für Menschen und Ökosystem hinlänglich bekannt.

Dabei galt der Wirkstoff Glyphosat lange als nicht gefährlich und schnell abbaubar. Mittlerweile ist klar, dass die giftigen Wirkungen von Glyphosat nicht ausreichend erforscht sind.

Hinzukommen die Zusatzstoffe, die in den gehandelten Produkten zusätzlich enthalten sind, um die Wirkung möglichst effektiv zu machen. Hier liegen zusätzliche toxische Gefährdungspotentiale.

Das Patent ist in den meisten Ländern mittlerweile abgelaufen. Glyphosathaltige Herbizide werden mittlerweile auch von anderen Konzernen hergestellt. Mindestens die Hälfte kommt heute aus China. Weltweit ist mit zurzeit rund 700.000 Tonnen pro Jahr ein steigender Verbrauch zu erkennen. Mit dem meistverkauften Unkrautvernichtungsmittel wird so ein Umsatz von über 5 Mrd. Dollar gemacht.

Glyphosat ist mittlerweile fast überall: Es ist in unserem Grundwasser nachgewiesen, in unseren Böden, in Gewässern, in unseren Lebensmitteln, im Urin von Menschen und Tieren, auch in der Muttermilch. Die Tatsache, dass das Gift in uns angekommen ist, ist besorgniserregend.

Eine besondere Verantwortung für die Frage des weiteren Einsatzes oder eben eines Verbots liegt beim Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt. Denn der Bericht des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung ist Grundlage für die Entscheidung in der EU. Der Minister hat nach Vorlage einer Risikoneubewertung durch das BfR dem Wirkstoff eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt.

Unglücklich ist dabei, dass das Institut im Rahmen der humantoxischen Bewertung insgesamt 14 Leserbriefe von Monsanto Mitarbeitern an Fachzeitschriften als „Studien“ gewertet hat. Sie stehen in der Liste von insgesamt 92 Studien, die das BfR für die Einschätzung eines möglichen Gefahrenpotentials genutzt hat. Kritische Untersuchungen wurden bei der Beurteilung hingegen ignoriert. So geht es nicht! Das ist ein unglaublicher Vorgang!

Die EU Kommission hat ihre Entscheidung, ob Glyphosat in der EU weiter zugelassen wird, nun bis Mitte 2016 verschoben, um der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit für eine Umfassende Prüfung zu geben. Das weckt Hoffnungen bei den Kritikern und doch wissen wir, dass Glyphosat ein wesentlicher Faktor auch in der deutschen landwirtschaftlichen Produktion

ist. Glyphosat wird von den Lobbyisten der Agrarchemie und der Agrarindustrie gehütet wie ein Gral.

In Schleswig-Holstein wird das Totalherbizid in den Ackerbauregionen zur Vorsaatsbehandlung, zur Stoppelbehandlung, zur Unkrautbeseitigung während des Wachstums, aber auch zur Vorerntebehandlung bei Druschfrüchten eingesetzt, in Grünlandregionen zur Vorbereitung des Grünlandumbruchs bzw. bei der Neueinsaat. Die Zahlen schwanken, aber wir müssen davon ausgehen, dass auf knapp 40% der Ackerfläche Glyphosat eingesetzt wird.

Ich bin mir sicher, eine auf den Einsatz von Glyphosat basierte Landwirtschaft ist ein Irrweg. Um den langfristig dringend erforderlichen Ausstieg aus dem Einsatz zu erleichtern, setzen wir uns für eine gezielte, unabhängige Erforschung sicherer alternativer Anbaumethoden ein. Wir brauchen einen Ausstiegsplan!

Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen an Dichlordiphenyltrichlorethan, besser bekannt als DDT. Anfang der 40er Jahre entdeckt, galt es lange als völlig unbedenklich. In den 60er Jahren begann mit der Bürgerinitiative „Silent Spring“ der Kampf gegen dieses effektive, aber hoch gefährliche Insektizid. Es hat dann noch einmal fast 2 Jahrzehnte bis zum Verbot gedauert.

Es ist höchste Zeit, Glyphosat aus Vorsorgegründen umgehend aus dem freien Verkauf für die Privatanwendung zu nehmen. Der Einsatz in der Landwirtschaft muss zudem stufenweise bis zu einem völligen Ausstieg reduziert werden. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und eine nachhaltige Landwirtschaft sind uns wichtig, daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.